

# An der Spitze der Friedenskräfte

(Fortsetzung von Seite 1)

Hauptrichtung und Hauptbesonderheiten der Entwicklung. Dieses internationale Kräfteverhältnis spiegelt sich in Deutschland wider. Alle demokratischen Kräfte in Westdeutschland haben in der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik eine mächtige unterstützende Kraft, die ihnen eine richtige Orientierung gestattet. Durch das echte Wirtschaftswunder Deutschlands in der DDR wurde und wird die Perspektivlosigkeit der Politik der herrschenden aggressiven imperialistischen Kreise für jeden offensichtlich. Die Feinde der Nation gerieten, z. B. im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Moskauer Abkommens in eine solche ausweglose Situation, in der sie nur zwischen der eigenen, völligen Enttarnung und ihrer weitgehenden internationalen Isolierung einerseits und dem teilweisen Rückzug andererseits wählen konnten.

Das führte zur Vertiefung der Krise der Adenauerpolitik und -regierung. Der Beweis dafür, daß diese Bonner Krise durch personelle Neubesetzungen der Regierungskreise oder durch die Ablösung des Kanzlers Adenauer durch Erhard nicht überwunden werden kann, liegt im Charakter der Krise. Es geht in erster Linie um eine völlig neue, grundsätzlich andere Politik! Genosse Oskar Neumann wies in seiner Lektion nach, daß diese Krise politisch begründet und ökonomisch bedingt ist.

Im Jahre 1951 orakelte Adenauer großspurig, seine Politik der Stärke in Richtung Osten führe zur Wiedervereinigung Deutschlands. Heute ist klar, daß diese Politik völlig bankrott ist. Der objektive Widerspruch zwischen Imperialismus, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschärft sich. Der Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg im April/Mai dieses Jahres legte dafür bezeugtes Zeugnis ab. Dieser politische und ökonomische Hintergrund der Krise des Bonner Regimes spiegelt sich innenpolitisch wider. Die Notstandsgesetzgebung und -praxis sind Ausdruck dafür, daß die aggressive Monopolbourgeoisie zum offenen und systematischen Abbau aller demokratischen Rechte und Freiheiten übergegangen ist.

Dieses neue Klassenkräfteverhältnis und die neuen günstigeren Kampfbedingungen in Westdeutschland machten es notwendig, einen Ausweg aus dieser Krise zu zeigen und dem Kampf um Frieden und Demokratie die richtige Richtung zu geben. Die KPD erfüllte auf ihrem Parteitag 1963 diese notwendige Aufgabe.

## Durch die Programmatische Erklärung der KPD

„Der Weg zur Rettung des Friedens, zum Schutz der demokratischen Rechte, zur sozialen Sicherheit“ beantwortet die KPD als einzige Partei alle durch die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung in Westdeutschland aufgeworfenen Fragen.

Die KPD fordert in ihrem Programm: „Der verhängnisvolle Kurs der Atomrüstung und der Notstandsgesetzgebung muß beendet, eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Verständigung mit der DDR durchgesetzt, das Grundgesetz und jedes verfassungsmäßige demokratische Recht verteidigt werden. Die Lebensinteressen und die geschichtliche Verantwortung der Arbeiterklasse erfordern die Einheit ihres Handelns zu verwirklichen und mit allen Volkskräften für diese Ziele zusammenzuwirken.“

Das ist der Weg, die unheilvolle Macht der Monopole und des Militarismus zurückzudrängen.

Diese strategische Orientierung für den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus und Militarismus umfaßt also drei wesentliche Momente: den Kampf um die Rettung des Friedens und die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten, den Kampf um die Verteidigung der demokratischen Volksrechte, wie sie im Bonner Grundgesetz verankert sind, und den Kampf um die soziale Sicherheit. Diese einzelnen Kampfabschnitte existieren nicht nebeneinander, sondern durchdringen sich gegenseitig und stehen in Wechselwirkung. Der Hauptfeind im Kampf um die Verwirklichung aller drei Grundforderungen ist das aggressive Monopolkapital, dessen Macht zurückzudrängen und Schritt für Schritt durch die Errichtung eines demokratischen und sozialen Friedensstaates völlig beseitigt werden muß.

Die entscheidende Kraft für die Verwirklichung dieser Forderungen kann nur die Arbeiterklasse sein. Die KPD betont in ihrer Erklärung, daß der Kern der Aktionseinheit der westdeutschen Arbeiterklasse das gemeinsame Handeln von Sozialdemokraten und Kommunisten ist. Die westdeutschen Gewerkschaften (DGB) als die umfassende Organisation der Arbeiterklasse mit dem größten Einfluß auf die gesamte Arbeiterschaft sind der Rahmen, in dem sich vor allem durch den gemeinsamen Kampf um die Verwirklichung der Beschlüsse des 6. DGB-Kongresses das gegenseitige

Vertrauen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten entwickelt und die Aktionseinheit zustande kommt. Der 6. DGB-Kongress und viele andere gewerkschaftliche Beratungen, besonders der verschiedenen Berufsgruppen, haben zu allen wichtigen auf der Tagesordnung stehenden Fragen im wesentlichen richtige Beschlüsse gefaßt. Sie sind sowohl für die Kommunisten als auch für die Sozialdemokraten die Grundlage des gemeinsamen Handelns.

Die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit stimmen mit denen der anderen werktätigen Klassen und Schichten überein. Ihrer Verantwortung und führenden Rolle wird die Arbeiterklasse nur gerecht, wenn sie sich mit den Bauern, der Intelligenz, dem Mittelstand, der Jugend und den Frauen verbündet, die breite demokratische Volksbewegung organisiert und lenkt und dabei am konsequentesten die Forderungen gerade dieser Werktätigen vertritt. Die KPD betont in ihrer Programmatischen Erklärung besonders, daß sie „für das Zusammenwirken mit Menschen und Gruppen anderer politischer und weltanschaulicher Überzeugungen keinerlei Vorbedingungen“ stellt.

Mit ihrem Aktionsprogramm von 1963 hat die KPD der Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung Westdeutschlands eine wissenschaftlich begründete, weil marxistisch-leninistische

## Orientierung im Kampf

um ihre nächste friedlichen und demokratischen Lebensinteressen geben. Einen anderen Ausweg aus der Sackgasse der Politik der Stärke gibt es für Westdeutschland nicht! Im Kampf um die Verwirklichung dieser Aufgabenstellung brauchen die Arbeiterklasse und die gesamte friedliebende Bevölkerung der Bundesrepublik eine legale, in voller Freiheit wirkende KPD. Diese Ansicht breitet sich vor allem seit Bekanntwerden des SS-Skandals im sogenannten Verfassungsschutz, wenn auch mit unterschiedlicher Konsequenz, immer stärker aus.

Die Schlußfolgerung der KPD in ihrem Programm kann nach der Analyse der Entwicklung der letzten Jahre nicht anders lauten:

„Der Kampf um die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots der KPD ist ein unabdingbarer Bestandteil des Ringens um die demokratischen Volksrechte, eine Sache aller Arbeiter, aller demokratisch gesinnten Menschen.“

(Nach Informationen der Genossen Böhme, Güdemann, Stedner, Institut für Marxismus-Leninismus.)



## Die Zukunft hat das Wort

Die Erdölförderung der Freundschaft, die den Chemiegiganten Schwedt mit den polnischen und sowjetischen Pumpwerken verbindet, hat sich auf dem Teilabschnitt der DDR dem Werk beträchtlich genähert. Im Jahre 1965 wird die erste Ausbaustufe eine Pro-Kopf-Leistung von 550 000 DM erzielen und 1968, in der zweiten Ausbaustufe, 800 000 DM erreichen. An der Lösung dieser Aufgabe sind unsere Wissenschaftler hervorragend beteiligt. Unser Bild zeigt die inzwischen abgeschlossene Montage der Rohrbahn eines Kraftwerkes.

Unter dieser Rubrik berichtet „UZ“ künftig über die Perspektiven jener wissenschaftlichen Disziplinen, die von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der führenden Zweige unserer Volkswirtschaft sind. Lesen Sie in Heft 19/63 die erste Folge: „Perspektiven der Petrochemie in der DDR“ Autor dieser Artikelserie ist Professor Dr.-Ing. habil. Hans Fürst, Direktor des Instituts für Organisch-Technische Chemie.



Der Besuch des Genossen Jupp Angenforth, Mitglied des ZK der KPD, im Mai 1962 wird uns allen in unvergeßlicher Erinnerung bleiben. Mit ihm kämpften die fortschrittlichen Menschen ganz Deutschlands um die Legalität für die kommunistische Partei Deutschlands. Foto: Bildstelle

# Komplexpraktika auch bei den Chemikern

Seit 1960 wurden die Betriebspraktika für Chemiestudenten mit konkreter, vor Praktikumsbeginn zwischen Betrieb und Institut abgesprochenen Aufgabenstellung durchgeführt. Um der wachsenden Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in der Industrie und in der Forschung schon bei der Ausbildung der Studenten Rechnung zu tragen, wurde in diesem Jahr erstmalig auch für Chemiestudenten Komplexpraktika durchgeführt. Der Übergang zu dieser fortschrittlichsten Praktikumsform erfolgte deshalb so spät, weil dafür erst betriebliche Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Da die Chemiestudenten, entsprechend ihrem Studienplan, nur einmal, dann aber für acht Wochen, ein Betriebspraktikum absolvieren, ist dessen Bedeutung größer als in Fachrichtungen mit mehrmaligem Praktikum im Studienablauf. Die Vorbereitungen müssen deshalb besonders sorgfältig erfolgen, um zu verhindern, daß dieses ein Praktikum einen nur unzureichenden Nutzen erbringt. Aus diesen Gründen

wurden in diesem Jahre versuchsweise Chemiker, in zunächst 14 Komplexbrigaden, zusammen mit Studenten der Fachrichtungen Verfahrenstechnik, Ingenieurökonomie und Psychologie eingesetzt. Das heißt, es waren rund ein Drittel der Chemiestudenten an der Lösung komplexer Aufgaben beteiligt. Für die im VEB Deutsches Hydrierwerk Rodleben bearbeiteten Probleme der Paraffinnoxidation, der Fettsäuredestillation und der Veresterung bei der Weichmacherherstellung war unser Institut Leitinstitut, für die in der Kalidustrie bearbeiteten sieben Aufgaben das Institut für Verfahrenstechnik und für die Komplexaufgaben im VEB Arzneimittelwerk Dresden das Institut für Ökonomie der chemischen Industrie. Wir glauben, daß die im VEB Arzneimittelwerk Dresden bearbeiteten Komplexthemen „Produktionstechnik“ besonders bedeutungsvoll waren. Sie umfassen Arbeiten für ein Lehrbuch für Produktionsarbeiter das der weiteren Qualifizierung und damit der Verbesserung der Betriebsarbeit

und der Qualität der erzeugten Produkte dienen soll. Es steht jetzt schon fest, daß diese Themen im nächsten Jahr fortgesetzt werden. Die abschließende Auswertung des diesjährigen Praktikums liegt noch nicht vor, so daß über den erbrachten Nutzen zur Zeit keine exakten Angaben gemacht werden können. Jedoch kann jetzt schon folgendes festgestellt werden: Der Einsatz von Komplexbrigaden hat sich bewährt. Der Anteil der komplexen Aufgaben an der Gesamtzahl der Aufgaben soll im nächsten Jahr vergrößert werden. Dabei ist darauf zu achten, daß die Voraussetzung für den Einsatz einer Komplexbrigade das Vorliegen einer echten komplexen Aufgabe ist. Kann diese vom Betrieb nicht gestellt werden, sollte lieber ein Einzelpraktikum in bisheriger Form durchgeführt werden. Für die komplexere Bearbeitung betrieblicher Aufgaben war die unterschiedliche Praktikumsdauer – Chemiker acht Wochen, Verfahrenstechniker und Ökonomen sechs Wochen – in einigen Fällen nachteilig. Da die gemeinsame Auswertung der kollektiven Arbeit

noch in der sechsten Woche erfolgt, bleiben für den Chemiker dann günstigerenfalls Randprobleme zur weiteren Bearbeitung. Eine Verkürzung der Praktikumszeit, wie sie in diesem Jahre notwendig wurde, muß im kommenden Jahr vermieden werden.

**Fünf Wochen sind zu kurz** für ein Komplexpraktikum, bei dem erfahrungsgemäß einige Zeit benötigt wird, bis die einzelnen Fachrichtungen sich aufeinander eingearbeitet haben. Die Aufgabenstellungen, die eine komplexe Bearbeitung notwendig machen, sind aber meist umfangreicher und erfordern eine längere Bearbeitungszeit als Aufgaben, die sich durch einen einzelnen Bearbeiter lösen lassen. Weiterhin sollte eine Möglichkeit gefunden werden, die bei der Vorbereitung und Kontrolle des Praktikums beteiligten Institute, Dienststellen und gesellschaftlichen Organisationen ihrer Zahl nach einzuschränken und ihre Arbeit strenger zu koordinieren, um mehrleistige Arbeiten zu vermeiden und die Zuständigkeiten klarer abzugrenzen. Genosse Dipl.-Chem. E. Helm, Dipl.-Chem. S. Brüner Institut für Organisch-Technische Chemie

# Kollektiv TuR: Sozialistische Erziehung – Kleinarbeit für die Verwirklichung der Parteibeschlüsse

Im Mittelpunkt standen folgende Probleme: 1. Die Rolle der Gefäßbrigaden bei der Durchsetzung des Planes Neue Technik 1963. 2. Die Widersprüche zwischen der Durchsetzung der neuen Technik und der materiellen Interessiertheit der Brigadkollektive und -mitglieder dieser Abteilung sowie 3. Der Zusammenhang und Wechselbeziehungen zwischen Leitungstätigkeit und der Entwicklung der schöpferischen Initiative der Brigaden dort. Aus dem Vorjahr hatten wir gelernt, mit einer klaren Konzeption zu beginnen. Bereits am ersten Tag konnten in einer gemeinsamen Beratung mit den Genossen die Schwerpunkte unserer Arbeit festgelegt werden. Der Kontakt zu den Brigaden war rasch hergestellt, als spürbar wurde, daß wir nicht als „Beobachter und Forscher“, sondern als Helfer gekommen waren. Schnell erkannten wir, wie wir helfen konnten. Es bestätigte sich, was Genosse Ulbricht in seiner Rede zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung sagte: „Das Wesentliche ist die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Menschen, damit sie in der Lage sind, vor allem die ökonomischen Gesetze des Sozialismus auszunutzen und voll wirksam werden zu lassen.“

Die Arbeit der Leitungen und Leiter mit den Menschen, mit den Brigaden war aber nicht in Ordnung. In den Brigaden konnten sich Erscheinungen der Resignation herausbilden. Die einst vorbildliche Brigade „Roter Oktober“ ließ „die Flügel hängen“. Die beste Bereitwilligkeit nützte indessen nichts, wenn nicht die Parteilgruppen an der Spitze des Kampfes stehen, die Kritik und Vorschläge der Kollegen aufgreifen und die Brigaden in den Kampf führen. Statt kritisch zu überprüfen, wo die schwachen Punkte im Bereich liegen, gab es die Tendenz, die Ursachen für alle Schwierigkeiten bei anderen zu suchen. – Die Brigaden suchten sie bei der technischen Abteilung, der Bereich der Betriebsleitung und die Genossen der Betriebsleitung vermuteten sie allein außerhalb des Betriebes. Wir hörten immer wieder, daß die Schwierigkeiten auf die „besonders gelagerten“ Probleme der Fertigung des Betriebes zurückzuführen seien. Diese würden auch eine „besondere Art“ der Lösung erfordern. Dabei ist es doch so, daß die Partei keinen Zweifel gelassen und gesagt hatte: Es gibt nur eine Lösung, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Sie besteht in der systematischen politischen Arbeit mit dem Menschen und in der Durchsetzung der neuen Technik, damit eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität mög-

lich wird. Darum war unser Ziel, die wahren Ursachen vieler Schwierigkeiten im Bereich aufzudecken und überwinden zu helfen. Ein großer Teil der Schwierigkeiten dort hat seine Ursachen einfach darin, daß die Beschlüsse der Partei nicht gründlich ausgewertet und ihr Inhalt nicht konsequent verwirklicht wurde. Ein Blick auf die Erfüllung des TOM-Planes bestätigte, daß dort, wo konkrete Maßnahmen festgelegt waren, die Arbeit vorwärts ging. Es erwies sich gleichwohl, daß der Kampf um die Abklärung der Kennzahlen durch und weitere Ausdehnung des Planes Neue Technik nicht mit der notwendigen Konsequenz geführt wurde. Dabei gab es genügend Vorschläge der Arbeiter zu Arbeitsvereinfachung und Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Wir begannen daher mit den Brigaden Maßnahmen zu erarbeiten, die in der APO-Versammlung besprochen wurden. Die Brigade „Roter Oktober“ entwickelte eine ganze Reihe eigener Vorstellungen, wie die Lage verändert werden soll, was sie selbst dazu mitzutun imstande ist. Leider hat diese Brigade in ihrem in der „SZ“ veröffentlichten Brief vergessen, diese guten Gedanken und Vorhaben offen darzulegen. Einige Maßnahmen des Planes Neue Technik brachten nicht das geplante Ergebnis, zum Beispiel der Einsatz einer Argon-Rippenschweißmaschine, die mit mehreren Brennern gleichzeitig arbeitet.

Dieser Schweißautomat war ein Sorgenkind. Sein derzeitiger Zustand verursachte erhöhten Ausschuß. Die Nacharbeitzeiten rissen mehr ein, als herauskommen konnte. Mit dem Argument, die Ursache dafür seien Materialschwierigkeiten, waren wir nicht zufrieden. Wir konnten vielmehr überzeugend nachweisen, daß die wirklichen Ursachen ideologischer Art waren. Zwar wurde uns u. a. entgegengehalten, daß „wenn wir technisch nicht weiterkönnen, wir zur Politik greifen“. Aber wir verteidigten unseren Standpunkt: Die Realisierung des TOM-Planes ist hier in erster Linie das Problem der Leitung im Behälterbau. Schon die Verwirklichung von Verbesserungsvorschlägen erfolgte schleppend, so daß bei ihrer Einführung das Sortiment bereits verändert ist. Die Maßnahmen blieben unwirksam, aber verursachen Kosten. An der Argon-Schweißmaschine zum Beispiel hatte der Schweißingenieur nur so lange Interesse, bis er „die Prämie erhalten“ hatte. Daß aber die Schweißmaschine von ihm nicht exakt eingerichtet war und daher den Schweißern Sorgen und Ärger bereitete, kümmerte ihn Anfangs sehr wenig. Hier wurde anschaulich die Notwendigkeit des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung demonstriert; aber auch die Notwendigkeit der Gemeinschaftsarbeit zwischen Arbeitern und technischer Intelligenz.

Zum Kernproblem wurde also immer mehr die Arbeit mit den Parteilgruppen und der Leitung der APO; denn es war nicht der Motor auch bei der Durchsetzung des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts im Bereich. Darum stellten wir unsere Erfahrungen und Vorschläge in den Parteilversammlungen zur Diskussion. Es war keineswegs leicht, gegen eingefahrene Vorstellungen überzeugend zu argumentieren. Immerhin können wir behaupten, den Anstoß für eine engere Zusammenarbeit der Brigaden mit den leitenden Kollegen im Bereich und ihren Ingenieuren gegeben zu haben. Für unsere Lehrtätigkeit haben wir weit mehr Nutzen gewonnen, als wir selbst geben konnten. Auch werden wir diese Erfahrungen für die wissenschaftliche Arbeit auswerten können. Nicht zuletzt diente der Einsatz dazu, unser Kollektiv von vier Genossen eng mit den Problemen des Betriebes zu verbinden. In den nächsten Jahren werden wir an der Betriebsgeschichte des Werkes schreiben und dabei auch die Auseinandersetzung mit den Überresten der alten „Koch-und-Sternzel-Ideologie“ führen können, weil uns diese Erfahrungen zur Verfügung stehen. Andere Genossen unseres Kollektivs werden in Zirkeln und auch direkt in verschiedenen Brigaden noch enger mit dem Betrieb verbunden sein. In der Arbeit unter den Studenten wird es uns deshalb besser möglich sein, den Marxismus-Leninismus im Sinne des Kampfes unserer Partei um bessere Ergebnisse in der sozialistischen Produktion zu vermitteln. Genosse Dr. Rudolf Nicks/Genosse Günter Kramarczyk, Institut für Marxismus-Leninismus